



Juni/Juli 2012

Newsletter von Dr. Cornelia Ernst

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

GUE/NGL
Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentarische Fraktion - EUROPÄISCHES PARLAMENT

Schreiben Sie Angela Merkel!

„Regionen fördern! Nicht bestrafen!“ Gegen Sanktionen in der EU Fördermittelpolitik. So lautet die am 12. Juni begonnene Kampagne der linken Fraktion im Europaparlament. Sie richtet sich gegen das Vorhaben der deutschen Bundesregierung, gemeinsam mit den Regierungen von Österreich, Finnland, Frankreich, Italien, den Niederlanden und Schweden Fördermittel aus den europäischen Strukturfonds künftig als Druckmittel gegen Mitgliedstaaten in der EU einzusetzen.

Mitgliedstaaten, die die verordnete Sparpolitik des Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht einhalten und die Verschuldungskriterien nicht befolgen, sollen künftig keine oder weniger Fördermittel aus den Strukturfonds erhalten. Die Bundesregierung will den neuen Sanktionsmechanismus im Januar 2014 einführen, doch bereits jetzt werden die Weichen dafür gestellt. Gemeinsam mit meinen französischen, griechischen und portugiesischen Fraktionskolleg*Innen habe ich eine Kampagne gegen den unsäglichen Sanktionsmechanismus vorgeschlagen. Die EU-Fördermittelpolitik sollte ein Zeichen der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten sein und nicht missbraucht werden, um die europäische Sparpolitik durchzusetzen!

In unserer Kampagne „Regionen fördern! Nicht bestrafen!“ fordern wir die Menschen in den Mitgliedstaaten der EU auf, Druck auszuüben auf die Gruppe der Regierungen, die den neuen Sanktionsmechanismus einführen wollen. DIE LINKE im Europaparlament hat einen Protestbrief an Angela Merkel geschickt, mit dem Appell an sie und ihre Minister, von den geplanten Sanktionen Abstand zu nehmen.

Wir fordern alle Menschen in Deutschland und der Europäischen Union auf, es uns gleich zu tun. Unterschreibt den Protestbrief und schickt diesen an Angela Merkel! Oder mailt an cornelia.ernst@europarl.europa.eu, mit der Nachricht, dass wir euern Namen unter den Protestbrief setzen können. Den Protestbrief und Informationen zur Kampagne findet ihr auf: www.dielinke-europa.eu

oder www.cornelia-ernst.de. Die europäischen Fördermittel sind wichtig, denn allein ein Drittel des EU-Haushalts wird für die Strukturfonds verwendet. Diese Mittel stehen allen 271 Regionen der EU zur Verfügung und so soll es auch bleiben! Wir brauchen keine Sanktionen gegen die Menschen in den verschiedenen Regionen der EU. Stattdessen brauchen wir ein europäisches Investitionsprogramm. Schreiben Sie Merkel & Co. Sichern Sie so, dass die europäischen Fördergelder wie bislang für alle Menschen und alle Regionen in der EU zur Verfügung stehen!

ACTA ade! Das umstrittene Abkommen wurde vom europäischen Parlament abgelehnt!



Eine zentrale Sorge für die Bürger*Innen ist der Datenschutz und die Freiheit im Internet. Unserer Meinung nach wurde in der Ablehnung des ACTA-Abkommens ein Versuch abgewehrt, grundlegende Freiheiten und Grundrechte im Internet zu beschneiden.

ACTA hätte die EU und die Mitgliedsstaaten verpflichtet, die Verfolgung von Verstößen gegen Copyright im Internet auf die Internetprovider abzuwälzen. Die Folge wäre eine Kontrolle des gesamten Datenverkehrs und damit tatsächlich das Ende der privaten Kommunikation im Netz. Von Anfang an hätten die Konzerne enorm Einfluss auf den Vertragstext genommen. Das Argument der Kommission, sie hätte mit ACTA das Urheberrecht von Künstler*Innen und Autor*Innen schützen wollen, sehen wir als LINKE nur vorgeschoben. Letztlich ging es um Profitinteressen der Verwerter und zu keiner Zeit um die Bedürfnisse der Künstler*Innen. In der Ablehnung des ACTA Abkommens sehen wir einen großen gemeinsamen Erfolg. Die Bürger*Innen Europas haben diskutiert und gegen ACTA protestiert. Die LINKE hat die Kritik der Bürger*Innen im Europaparlament vertreten und gemeinsam mit einer engagierten anti-ACTA Bewegung einen Sieg für die Demokratie Europas errungen!

Europäisches Parlament
Delegation DIE LINKE. in der GUE/NGL
Rue Wiertz, ASP 6F154
B-1047 Brüssel
cornelia.ernst@europarl.europa.eu
Manuela Kropp: +32 (0)228-47660
Lorenz Krämer: +32 (0)228-37660
Fax: +32 (0)228-49660
manuela.kropp@europarl.europa.eu
lorenz.kraemer@europarl.europa.eu

Büro Dresden
Schweriner Straße 50a
01067 Dresden
Tel.: +49 (0)351-42690005
Fax: +49 (0)351-20699046
Jan Robert Karas
Susanna Karawanskij
Anja Eichhorn
europa@cornelia-ernst.de

Büro Leipzig im linXXnet
Bornaische Straße 3d
04277 Leipzig
Tel.: +49 (0)341-3081199
Juliane Nagel
juliane.nagel@linxxnet.de
Büro Chemnitz im Rothaus
Lohstraße 2
09111 Chemnitz
bei Anfragen:
Tel.: +49 (0)351-42690005
europa@cornelia-ernst.de

Europakontaktbüro Bautzen
Seminarstraße 5
02625 Bautzen
Tel./Fax: +49 (0)3591-270561
Ilona Messer
bautzen@cornelia-ernst.de

Newsletter von Dr. Cornelia Ernst

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

Juni/Juli 2012



Die Furcht vor „seinesgleichen“



Im Mai 2012 wurde eine gemeinsame Entschließung der Fraktionen GUE/NGL, EVP, S&D, ALDE und Grünen/EFA angenommen, mit 430 Ja-Stimmen gegen 105 Nein-Stimmen bei 59 Enthaltungen. Im Kern

forderten die Europaabgeordneten folgendes:

1. Die EU-Mitgliedstaaten müssen im Kampf gegen Homophobie mit gutem Vorbild vorangehen, homophobe Gesetze in den Mitgliedsstaaten sind aufzuheben, homophobe Gewalt in europäischen Ländern muss aktiv bekämpft werden.
2. Lesbisch, schwule, bisexuelle und Transgender Personen (LGBT) müssen vor homophoben Hasstiraden und Gewalt geschützt werden, gleichgeschlechtlichen Partnern muss gleicher Respekt wie dem Rest der Gesellschaft gezollt werden.
3. Die Mitgliedsstaaten sind aufgefordert, Überlegungen anzustellen, LGBT Personen Zugang zu Lebensgemeinschaften, registrierten Partnerschaften oder Ehe gewähren könnten.
4. Das Parlament verurteilt scharf jede Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung oder der Geschlechtsidentität und bedauert zutiefst, dass in der Europäischen Union die Grundrechte von LGBT-Personen noch nicht immer umfassend gewahrt werden.

Der Beschlussfassung war eine heftige Debatte vorausgegangen, wo die rechte Ecke des Hauses Homosexuelle als „Kranke“, die geheilt werden müssten, bezeichnete. „Ich finde, da mischt sich Europa ein in Sachen, die Europa gar nichts angehen“, so die CSU-Europaabgeordnete Angelika Niebler, die gegen die Resolution stimmte. Gegen die konservative Seite des Parlamentes sprach sich die Mehrheit für die gleiche Anerkennung von homosexuellen Lebensgemeinschaften und Ehen aus. Obwohl diese Resolution noch nicht legislativ verbindlich ist, überschlugen sich die Reaktionen. Zahlreiche Kirchenvertreter*Innen und Konservative lehnen die Resolution des EU-Parlamentes gegen Homophobie öffentlich ab. Dabei ist die Situation vieler Homosexueller in Europa haarsträubend. In einigen europäischen Ländern werden öffentliche Schwulenveranstaltungen verboten oder eingeschränkt, ebenso die Meinungsfreiheit von Homosexuellen. Neuerdings gibt es Demonstrationen von Konservativen in Madrid und Warschau gegen die Homo-Ehe. Mit politischen Hassreden konservativer

und religiöser Führer werden Wahlkämpfe insbesondere in Osteuropa und im Baltikum garniert. Obwohl eine EU-Richtlinie die Nationalstaaten dazu verpflichtet, Homosexuelle gegen Diskriminierung in der Arbeitswelt zu schützen, ist deren Umsetzung in nationales Recht sehr unterschiedlich. Was in vielen Ländern ignoriert wird ist, dass die Gleichberechtigung von nichtheterosexuellen Lebensformen- und -gemeinschaften ein demokratisches Grundrecht darstellt und als unveräußerliche Würde jeder und jedem zusteht! Die weit verbreitete Homophobie – ein Begriff, der ersten seit Ende der 60er Jahre existiert und die irrationale Furcht vor der Relativierung von Werten und die Furcht „vor seinesgleichen“ beinhaltet - lässt sich nur durch konsequente Gegenöffentlichkeit zurückweisen. Homophobie ist im Kern Menschenfeindlichkeit und muss als solche entschieden bekämpft werden!

Es gibt nicht nur in vielen Mitgliedsstaaten enormen Nachholbedarf zur Abschaffung diskriminierender Regelungen. Auch in Deutschland wird unsinnigerweise noch zwischen eingetragenen Partnerschaften und Ehe unterschieden. Vor allem aber muss sich in den Köpfen der Menschen einiges ändern. Das Leben ist Vielfalt, davor muss man sich nicht fürchten!

Willkommen in Kopenhagen - Die Studientage der GUE/NGL Fraktion

Im Juni machte die GUE/NGL mit ihren Studentagenten infolge der dänischen EU-Ratspräsidentschaft in Kopenhagen Station. Organisiert hatten sie der dänische MdEP Søren Søndergaard und sein Team. Zu den heiß diskutierten Themen gehörten neben der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise auch die Frage der LINKEN Regierungen in Europa.

Ein weiterer Bestandteil des gemeinsamen Austausches nahmen zudem umweltpolitische Themen ein. Beim Besuch des Kopenhagener Flughafens berichten Gewerkschaften und das Management von Initiativen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Desgleichen beschrieb die Gewerkschaft 3 F von ihrem Kampf gegen RyanAir, die durch die Aktionen der Gewerkschaften bis heute noch keine Landeerlaubnis in Kopenhagen haben. Anlässlich der zyprischen Ratspräsidentschaft werden die kommenden Study Days der GUE/NGL in Zypern stattfinden. Wir freuen uns darauf! Jan-Robert Karas

Weitere Informationen findet ihr auf: www.cornelia-ernst.de